Erschienen:25.05.2005 / SZ / SLS_LOK / BLOK21_3

Ressort: Lokales

Textname:sls3.2505.Aufmacher.ART

Freie Schlagworte mitFoto

Verfasser:*Von SZ-Redakteurin*

Monika Kühn< / I>

SPD-Kandidat jürgen barke

„Der Bürgermeister führt in die Zukunft“

Noch vor seiner offiziellen Nominierung als SPD-Bürgermeisterkandidat bezieht der Diplom-Verwaltungswirt Jürgen Barke im Gespräch mit der Saarbrücker Zeitung Position. Der ehemalige erste Beigeordnete der Stadt hat sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze, drastische Sparmaßnahmen und den Image-Aufbau Lebachs auf die Fahne geschrieben.

Von SZ-Redakteurin

Monika Kühn

Lebach. Mit einem Drei-Punkte-Katalog will Jürgen Barke als SPD-Bürgermeisterkandidat in Lebach im Januar antreten. Offiziell ist der 42-Jährige allerdings noch nicht von seinen Parteifreunden nominiert worden – das steht erst am ersten Juniwochenende an – doch Barke will bereits im Vorfeld Position beziehen. In einem Gespräch mit unserer Zeitung erläuterte der Diplom-Verwaltungswirt seine Vorhaben: Schaffung von Arbeitsplätzen, Lebach als attraktiven Wohnstandort und ein gutes Image für die Stadt aufbauen. Denn: „Ein Bürgermeister führt in die Zukunft und nimmt viele mit ins Boot.“ Jürgen Barke war Jahre lang erster Beigeordneter der Stadt Lebach. Er kenne daher die Verwaltung und weiß „was sie leisten kann“. Barke ist beruflich als Projektentwickler (Innenstadtprojekte, städtebauliches Umfeld) zuständig. Er weiß, was es in der „Wirtschaft für Notwendigkeiten gibt“, und sagt: „Aus beiden Welten will ich eine machen.“

Um Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen, will Barke den Dialog mit den Gewerbetreibenden suchen. „Man muss sich kümmern, um die Unternehmer am Standort zu halten. Sie müssen sich wohl fühlen, damit sie ihre Unternehmen zukunftsfähig ausbauen oder stabilisieren.“ Das seien oft Kleinigkeiten wie eine gute Ausschilderung oder einfach unbürokratische Hilfen, die dem Geschäftsablauf dienen. Seine Devise: „Sich gegenseitig in die Pflicht nehmen.“

Ein weiteres Augenmerk will Barke auf Lebach als attraktiven Wohnstandort legen. „Was wollen die Menschen?“, fragt er. Lebach muss, wenn es mit anderen Gemeinden verglichen wird, sich messen können. Da fragen die Leute, gibt es Bauland zu erschwinglichen Preisen, stimmt die Infrastruktur wie Kindergarten oder Schulen und wie sieht es mit der Abgabenbelastung aus? Um dies erfüllen zu können, brauche „ich einen Verwaltung, die sich auf ihre Kernaufgaben beschränkt“. Er will drastisch die Kosten für die Eigenverwaltung senken. Dazu müsse er mittelfristig die Personalkosten um 20 Prozent senken. Mit Hilfe eines Personalentwicklungsplanes müsse aufgedröselt werden, wie die Altersstruktur aussehe, oder wer was mache, oder wie kann die Arbeit anders organisiert werden. Die Verwaltung soll sich auf ihre Kernaufgaben (wie Pass, Führerschein und ähnliches) sowie Daseinsvorsorge (wie Kanal, Wasser) beschränken.

Dabei ist sich Barke bewusst, dass Konflikte auftauchen werden, wenn es zu strukturellen Veränderungen zum Beispiel im Bereich des Bauhofes oder der Stadtwerke kommen werde. Er will mit den frei werden Geldern die örtliche Wirtschaft stärken, wenn zum Beispiel Maler- oder Gärtnerarbeiten im Zuge einer Privatisierung an heimische Unternehmen vergeben werden. „Entscheidungen sollen aber mit den Betroffenen gefällt werden.“

Thema Saarbahn: Da kommt ein klares „Ja“ aus Barkes Mund. „Nur mit dem Thema Zubringerdienste hätte sich die Verwaltung schon längst beschäftigen müssen, denn was nützt eine gute Taktverbindung, wenn man aus Steinbach nicht nach Lebach kommt?“

Punkt drei: Das Image. „Sport und Kultur sind hervorragende Imageträger.“ Als begeisterter Läufer sieht Barke im sportlichen Bereich ein großes Potenzial. „Beide Seiten können dabei gewinnen, wenn die Kommune es schafft, überregionale Wettbewerbe in die Stadt zu locken“, ist er sich sicher.

„Aber was nützt das beste Image, wenn es wieder so bebt wie neulich?“, fragt er. Barke begrüßt ausdrücklich die Resolution des Stadtrates zum sofortigen und generellen Abbaustopp und zwar mit allen Konsequenzen. Doch dann müssen Ersatzarbeitsplätze her. Dass eine Kommune dies nicht allein schaffen kann, sei klar, doch auch sie muss „Angebote schaffen, für die, die von Arbeitsplatzverlust bedroht sind“. Wobei er wieder auf Punkt eins seines Maßnahmekatalogs verweist: Schaffung von Arbeitsplätzen.

Sollte es nicht zu einem Abbaustopp kommen, dann „müsse man das Unternehmen DSK anders in die Pflicht nehmen als bisher“. Barke fordert in diesem Zusammenhang nicht nur schnelle und unbürokratische Schadensregulierung, er fordert finanzielles Engagement des Unternehmens über Tage in den betroffenen Gemeinden. *„Man muss sich kümmern, um die Unternehmer am Standort zu halten. Sie müssen sich wohl fühlen, damit sie ihre Unternehmen zukunftsfähig ausbauen oder stabilisieren.“*

Jürgen Barke

Technische Information:
Text-ID:a20313004